

1. Frau Deitenbach fragt, wann sich weitere, für die Öffentlichkeit interessante Schritte (Vertragsabschlüsse o.ä.) bei der Konversion des Schulgassenareals tun. Zudem möchte sie wissen, bis wann die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke Verkaufsbereitschaft für die benötigten Grundstücksanteile signalisiert haben müssen, um das Verfahren in der geplanten Zeitschiene durchzuführen.

Herr Sterzenbach nimmt Bezug auf den geplanten Bau von Feuerwache und Baubetriebshof und die damit angestrebte besenreine Übergabe des Schulgassenareals bis Ende 2018/Anfang 2019. Er bezieht sich auf die Ausführungen zum letzten Rat und skizziert kurz einzelne Schritte wie die rechtskräftige Änderung des Bebauungsplans und vertragliche Erfordernisse in Bezug auf städtebaulicher Verträge und Kaufverträge. Die Dinge würden Schritt für Schritt zeitnah abgearbeitet und zu gegebener Zeit dem Ausschuss vorgelegt. Die Anlieger müssten dann über die Verkaufsbereitschaft Klarheit haben, wenn mit dem Entwickler konkret die Kaufverträge anstehen. Auf weitere Nachfrage von Frau Deitenbach ergänzt Herr Sterzenbach, dass es für das Gesamtprojekt hilfreich sei, so früh wie möglich zu wissen, ob Verkaufsbereitschaft besteht. Es gebe allerdings kein festgelegtes Datum, wobei Ende 2016 durchaus in die Gesamtplanung passen würde.

2. Die Eheleute Siebentritt beziehen sich auf eine Aussage aus Reihen der Verwaltung. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft seien 8-10 Flüchtlinge untergebracht. Um sich Fragen der Integration näher einbringen zu können, habe man wissen wollen, wer dort wohnt. Aussage aus dem Rathaus sei gewesen, dass sie dies nichts angehe. Die Eheleute möchten wissen, wie sich dies verhält.

Herr Pohl antwortet kurz und bestätigt, dass die Namensangabe von Nachbarn an Nachbarn durch die Gemeinde wie auch sonst hier nicht erfolgen könne. Wolle man sich in die Integration einbinden, könne man sich an das Sozialamt oder eine entsprechende Initiative wenden.

In der Folge ergibt sich ein emotional geführter Wortwechsel, der sich sowohl auf die Verhaltensweisen der Flüchtlinge (Stichworte u.a. Abfallbeseitigung, Fenster geöffnet bei Heizung und Minusgraden etc.) als auch der Verwaltung bezieht. Die Einwohner kritisieren die fehlenden Kontrollen durch die „Kümmerer“ der Verwaltung bei Fehlverhalten, der Bürgermeister macht deutlich, dass man die Situation „von oben“ aufoktroiyert bekommen hat und nun sehen müsse, wie man damit fertig wird. Er frage sich, inwieweit das Parlament, der Deutsche Bundestag, in die weitreichende Entscheidung vom 21. August 2015 eingebunden gewesen sei (Erlass des Deutschen Bundesamtes für Migration – BAMF-, Anträge syrischer Asylbewerber würden auch in Deutschland bearbeitet, wenn die Fliehenden an den EU Außengrenzen stranden).

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Eheleute Siebentritt beschwerten sich über die Zustände um das von der Gemeinde Eitorf angemietete Objekt Birkenweg 4. Dort sei Müll in erheblichem Maße abgelagert worden und die Mülltonnen seien ebenfalls nicht zur Entleerung bereitgestellt worden.*

*Hierzu wird festgestellt, dass es sich bei dem angesprochenen Müll im Außenbereich zum größten Teil um Bauschutt handelte. Dieser stammte noch von den Umbauarbeiten im Hause.*

*Die neuen Bewohner hatten dann Müllbeutel dort mit abgelagert. Hierüber wurde die Verwaltung von den Eheleuten per Mail informiert. Eine Entsorgung erfolgte noch am gleichen Tage.*

*Aufgrund der Äußerungen der Eheleute während der Hauptausschusssitzung wurde mit ihnen ein Termin für Dienstag, den 26.01.2016, vereinbart, um in einem Gespräch die Angelegenheit zu klären. Das Gespräch fand in einer zwar freundlichen, jedoch etwas angespannten Atmosphäre statt. Die Schwierigkeit bestand darin, bestehende Meinungen und Einstellungen nicht in Gänze und in der Kürze dieses Gesprächs ausräumen zu können.*